

Nun sind die Rentner dran

Prämienverbilligung soll nur bei wirtschaftlicher Notwendigkeit gewährt werden

SCHAAN – Das Staatsdefizit beschäftigt derzeit die Regierung. In Zukunft könnten auch die Rentner in Liechtenstein geschröpft werden. Denn die Prämienverbilligungen stehen auf dem Prüfstand.

• **Hubert Hasler**

Das erwartete 180-Millionen-Franken-Defizit zwingt den Staat, über Einsparungen nachzudenken. Die grössten Möglichkeiten sieht die Regierung bei den Sozialversicherungen. Dort will sie rund 80 Millionen Franken einsparen. Damit ist Sozialministerin Renate Müssner gefordert. Deshalb nimmt sie die Prämienverbilligungen in der Krankenpflegeversicherung (OKP) ins Visier.

Laut dem aktuellen Gesundheitsbericht an den Landtag plant Müss-

ner, bei den Rentnern die Daumenschraube anzuziehen. Es soll «in Zukunft vermieden werden, (...) dass auch solche AHV/IV-Bezieher Anspruch auf Prämienverbilligung haben, obwohl für sie dazu keine wirtschaftliche Notwendigkeit besteht».

Drei Millionen Franken

Stein des Anstosses für die Sparpläne der Sozialministerin sind die vielen Rentner, die Prämienverbilligungen erhalten: Im Jahre 2008 waren dies knapp 2000 rentenberechtigte Personen über 65 Jahren – Frührentner nicht mit eingerechnet. Dies kostete den Staat rund drei Millionen Franken. Verantwortlich für die vielen anspruchsberechtigten Pensionisten ist die Bemessungsgrundlage. Denn für die massgebliche Berechnung werden bei den Pensionisten nur 30

Prozent der AHV-Rente zu den anderen Einkünften wie etwa den Bezügen aus der Pensionskasse eingerechnet.

Erbprinz für Neuausrichtung

Für Erbprinz Alois ist wichtig, dass in Zukunft die Eigenverantwortung der Versicherten verstärkt wird. Er forderte im «Volksblatt»-Neujahrsinterview, dass man nicht nur die Sozialleistungen reduziert, sondern auch versucht, die «Sozialsysteme in Richtung mehr Treffsicherheit zu verbessern».

Deshalb steht für ihn neben den Prämienverbilligungen auch der Zuschuss über 57 Millionen Franken an die Krankenpflegeversicherung zur Diskussion an. «Der Beitrag des Landes an die Krankenkassen wirkt wie eine Giesskannensubvention an alle, auch an jene, die sie gar nicht wirklich benöti-

gen. Sinnvoll wäre stattdessen, nur jenen Prämienreduktionen zu gewähren, die diese tatsächlich brauchen.»

Schweizer Niveau anstreben

Damit dürfte das Ende der Fahnenstange für die Rentner aber noch nicht erreicht sein. Es droht weiteres Ungemach: Denn auch bei den AHV-Renten fordert der Erbprinz Reformen. Für ihn steht auch die 13. Monatsrente, das sogenannte Weihnachtsgeld, zur Diskussion. «Die Schweiz kennt auch keinen 13. Monatslohn der AHV und die Bedingungen für eine Frührente dürften bei uns viel grosszügiger sein als in der Schweiz. Bereits ein solcher grober Vergleich zeigt, dass wir bei den Beitragsleistungen viel einsparen könnten, wenn wir uns nur schon auf das Niveau der Schweiz begeben würden.»